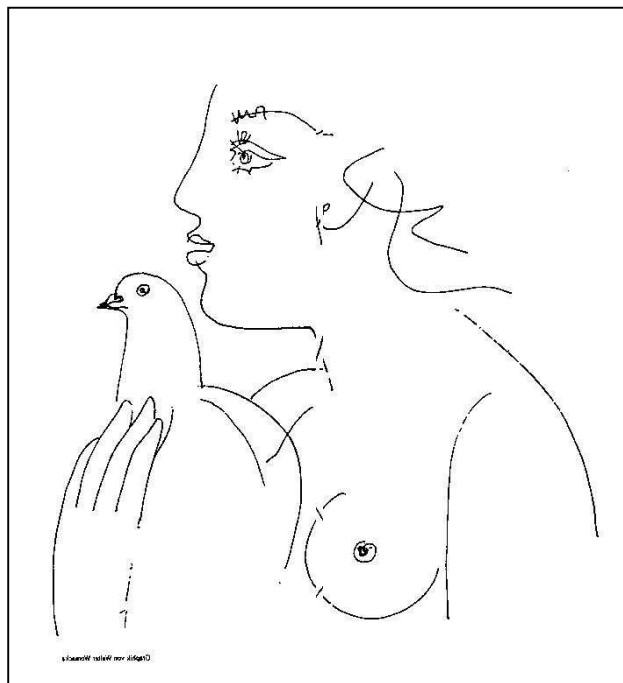


Nr. 191



Polen nach dem Wahlmarathon 2015

von

Prof. Zbigniew Wiktor

25. Februar 2016 ; Wroclaw – Polen

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.
Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: gbmev@t-online.de Homepage: www.gbmev.de/

Mit den Wahlen zum Sejm und zum Senat am 25. Oktober 2015 endete in Polen ein Wahlmarathon. Im Verlauf eines Jahres wurden die Wähler 5 mal zu den Wahlen gerufen. **Es hat sich im Resultat die politische und Partei- Bühne in Polen bedeutend verändert, aber die Macht gehört nach wie vor der Bourgeoisie.** Im Mai 2014 gab es die Wahl zum Europäischen Parlament. Von insgesamt 51 "polnischen" Mandaten haben die entscheidende Mehrheit zwei führende bürgerliche Parteien erhalten: die liberal-zentristische Bürgerliche Plattform - "Platforma Obywatelska" (PO) unter Leitung vom damaligen Vorsitzenden und Ministerpräsidenten Donald Tusk (aktuell Vorsitzender des Europäischen Rates) und die konservativ-katholische Partei - Recht und Gerechtigkeit - "Prawo i Sprawiedliwosc" (PiS) - unter Leitung von Dr. Jarosław Kaczyński. 5 Mandate haben die Linke (SLD), 4 die faschisierende Partei „Neue Rechte“ (Korwin) und die Polnische Bauernpartei - 3 Mandate gewonnen.

Im November 2014 fanden die Wahlen zu den lokalen Selbstverwaltungsorganen statt. Bei denen die zwei bürgerlichen Parteien, PO und PiS, etwa ähnliche politische Resultate bekommen haben. Diese beiden Parteien sind aus der früheren reaktionären Gewerkschaft "Solidarnosc" hervorgegangen, aber seit dem Sieg der Konterrevolution kämpfen sie hart gegeneinander um die Macht. Sie haben schon lange die Arbeiter, die Werktätigen vergessen. Sie erfreuen sich der Unterstützung des polnischen und des ausländischen Kapitals und teilweise auch der Hilfe der Europäischen Union, der USA, der NATO und der katholischen Kirche.

Die Lokalwahlen wurden nach Ansicht der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) verfälscht und die Leitung der Partei hat eine entsprechende Klage beim Obersten Gerichtshof eingereicht, aber ohne rechtlichen Erfolg. Das Gericht hat keine wesentliche Verfälschung auf juristischer Grundlage gefunden und die Klage wurde abgewiesen.

Im Mai 2015 gab es die Wahl des Staatspräsidenten, die mit einer Mehrheit von mehr als einer halben Million der Stimmen, der Kandidat der PiS -Partei Dr. Andrzej Duda gewonnen hat. Es war ein Vorbote, dass nach langer Zeit, die bisher immer siegreiche

Bürger - Plattform (PO), eine große Niederlage erleiden wird und die politische Initiative im Land an die PiS- Partei übergeht.

Im September 2015 sind die Polen zur nationalen Volksbefragung (Referendum) gekommen, weil der damalige Staatspräsident Bronislaw Komorowski sie als ein politisches Mittel zur Verstärkung seines Präsidenten - Wahlkampfes sah. Die 3 Fragen des Referendums waren politisch nicht wichtig und an die Urnen sind nur 7,8% der Wahlberechtigten gegangen. Die Frage der Wahlbeteiligung wird in Polen von Politologen und Politikern unterschiedlich diskutiert. Die Hauptursache ist nach wie vor die große Wahlverweigerung, was nicht nur eine Frage der politischen Kultur ist, sondern auch der Abneigung und der Kritik der Mehrheit der Bevölkerung gegenüber dem Aufbau des brutalen Kapitalismus. Regelmäßig kommt zu den Parlamentswahlen eine Minderheit der polnischen Bürger, weniger als 50%. Es ist eine Ausnahme, wenn mehr als die Hälfte wählt. Es ist etwas besser mit der Präsidentenwahl - ungefähr 60% - aber ganz schlimm ist es bei den Lokalwahlen - Wojewodschaften 45%, Kreisbehörden 30-40% und Gemeinden sogar nur 30% und weniger. Noch schlimmer ist es bei der Wahl zum Europäischen Parlament, an der nur 23-24% der Wahlberechtigten teilnahmen. Die Politiker und Politologen führen große Debatten darüber und sie geben verschiedene Erklärungen ab - in Abhängigkeit von der politisch-ideologischen Herkunft und der wissenschaftlichen Schule. Meiner Meinung nach ist die große Wahlverweigerung ein Resultat der großen Enttäuschung der Mehrheit der Bevölkerung (also insbesondere der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen) mit der Politik der Bourgeoisie und ihrer politischen Akteure (besser gesagt Marionetten):

- ein Resultat der großen Krise und der Arbeitslosigkeit (offiziell von 3 bis 2 Millionen
- der ökonomischen Emigration, insbesondere der jungen Generation bis 2,5 Millionen und
- der tiefen Polarisierung der polnischen Gesellschaft zwischen einer dünnen Schicht der Finanzoligarchen, der Großen und mittleren Bourgeoisie und die arme große Mehrheit der Polen, die unter dem biologischen und sozialen Niveau leben.

Es vollzieht sich ein konsequenter Prozess der Enteignung und der Proletarisierung der Arbeiterklasse, anderer Werktätiger und des Kleinbürgertums. Der Kapitalismus im gegenwärtigen Polen befindet sich in einer neuen Phase der Akkumulation des Kapitals (insbesondere des Fremden), auf Kosten des alten und neuen polnischen Proletariats und des nationalen Volksvermögens, das in Volkspolen geschaffen wurde. Die früheren Versicherungen der "Solidarnosc" und der Verräter, Revisionisten und Reformisten von der PVAP über ein besseres Leben im "demokratischen und menschlichen Kapitalismus" sind wie ein Nebel entschwunden.

Das Leben für die Arbeiterklasse, insbesondere der Millionen Arbeitslosen, Wirtschaftsemigranten, anderen Werktätigen und insbesondere für die junge Generation hat sich radikal verschlechtert. Das ist die Grundlage der Enttäuschung, des neuen politischen Bewusstseins und auch der großen Verweigerung bei den Wahlen in Polen.

Die letzte Etappe dieses Wahlmarathons war die Wahl zum Sejm und Senat am 25. Oktober 2015. Es sind zur Wahl 17 Wahl-Komitees (Parteien bzw. Bündnisse) angetreten, die Wahllisten in allen Wahlbezirken (44) registriert haben. Die partei-politische Bühne war auch diesmal dominiert von den großen bürgerlichen Parteien (PO und PiS), die vom früheren "Solidarnosc - Lager" hervorgebracht und entwickelt wurden. Bedeutende politische Positionen hatten auch andere gegenwärtige Parlamentsparteien - wie die Linke (SLD und Deine Bewegung von Palikot), die Bauernpartei (PSL) und neue politische Akteure: die Bewegung "Kukiz 15", "Nowoczesna"- die Moderne (Partei) und die neue Linke „Razem“ (Zusammen), die sich als eine neue linke Sozialdemokratie erklärte.

Eine ganz neue Gruppierung ist "Kukiz' 15" unter Leitung von Paweł Kukiz - ein neuer Mann in der Politik und ein alter Rockstar, der mit großer Überraschung bei der Präsidentenwahl im Mai 3 Mill. Stimmen bekam und damit den 3. Platz (20%) belegte. Sein großer Erfolg war ein Zeichen, dass die Gruppe der unzufriedenen Wähler wächst, die radikal einen Wechsel fordern und die stark gegen das politische System orientiert sind. Kukiz vereinigte seine Wähler und Sympathisanten auf Rockshowbühnen, immer stellte er

sich als scharfer Kritiker des Systems dar, er erklärte z. B. - Es muss verändert werden, - Man muss eine neue Verfassung beschließen, - Mein Herz schlägt auf der linken Seite, aber ich bin gegen Kommunisten. Wir sollten, alle Kämpfer, die gegen Kommunisten in Volkspolen gekämpft haben, ehren. Er trägt gern ein T-Shirt mit dem Zeichen der polnischen Nazisten (NSZ-Nationale Wehrmacht). Seine Hauptlosung war das Wahlmehrheitssystem (JOW-Jednomandatowe Okręgi Wyborcze), dieses sollte echte nationale Leadership schaffen. Er bekam große Unterstützung aus dem Milieu der Jugend, der Arbeitslosen, aber politisch wenig orientierten und leicht beeinflussbar von Nationalisten. Er hat kein echtes Partei- und Wahlprogramm.

Sein liebstes Wort: Ich bin gegen das System! Das System muss verändert werden! In der Wirklichkeit ist Paweł Kukiz und seine führende aber differenzierte Gruppe eine nationalistisch, autoritär mit faschistischen Zügen orientierte Bewegung, die man vergleichen kann mit der Nationalen Demokratie in der 2. Polnischen Republik (1918-1939). Sie bekam zur Parlamentswahl 42 Mandate und unterstützt jetzt politisch die regierende PiS-Partei. Jetzt ist der Stern von Kukiz am Sinken. Seine Bewegung bekam 2mal weniger Stimmen als im Vergleich zur Präsidentenwahl.

Die Moderne Partei unter Leitung von Ryszard Petru ist auch eine neue, vor einem halben Jahr gegründete Gruppierung, die von liberal orientierten Kreisen der Großbourgeoisie und des Großkapitals gegründet worden ist. Ihr intellektuelles Hinterland schuf der bekannte Professor Leszek Balcerowicz, ehemaliger Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Finanzminister am Anfang der Wende, der „ersten nichtkommunistischen polnischen Regierung“ von Tadeusz Mazowiecki (1989-91)“, aber auch nächsten rechten Regierungen. Die Moderne wird unterstützt durch große Banken, ausländische kapitalistische Firmen und großen Teilen der polnischen höheren Mittelklasse. Die Gründung der Partei war eine Antwort dieser Kräfte auf die zunehmende Schwäche der gegenwärtigen Bürgerlichen Plattform (PO) und der Möglichkeit ihrer schnellen Niederlage. Die neue Partei des großen Kapitals wird auch durch einflussreiche Medien, insbesondere durch die Tageszeitung "Gazeta Wyborcza" unterstützt. Sie vergrößert das neoliberale Lager in Polen.

Als die PiS Partei das Regierungssteuer bekam, haben diese gut organisierten Kreise sofort die öffentlichen Massendemonstrationen unter den Losungen "Gegen Diktatur" und "Für die Demokratie" organisiert. Die Auseinandersetzungen und die oppositionelle Kritik fanden vor allem auf den Straßen der großen Städte (den Burgen der Modernepartei) statt. Sie wurden konsequent von den neu geschaffenen Komitees der Demokratieverteidigung (KOD) organisiert.

Die Gründung der neuen Partei des großen Kapitals, die kann man mit früheren Aussagen vergleichen: Wir sind eine ganz neue Partei, wir sind unschuldig an den Fehlern und der politischen Krise der Vorgänger. Die PO hat viele Fehler gemacht und sie muss dafür bezahlen. Wir fangen auf neue Art an. Die Moderne, der neue Führer und seine politischen Kolleginnen und Kollegen sind ideologisch und politisch gut vorbereitet. Die Partei hat insbesondere viel Geld (woher, bleibt ein öffentliches Geheimnis!). Sie ist gut organisiert, nur als eine zentrale Organisation bekam sie viel Unterstützung und sie wurde die 4. stärkste Fraktion im Sejm. Jetzt baut sie territoriale Strukturen auf, hat große Unterstützung von den Großen Medien und sie kämpft jetzt auf zwei Fronten: gegen PiS und gegen PO.

Die politische und ideologische Landschaft bereichert die Partei Korwin (nach dem Namen ihres Führers Janusz Korwin Mikke) - früher bekannt unter dem Namen Neue Polnische Rechte und Union der Realpolitik ("Unia Polityki Realnej") - eine superliberale und faschisierende Gruppierung. Korwin wird durch seine superradikalen Losungen gerne von den frustrierten Arbeitslosen und der perspektivlosen Jugend angenommen und er hat 4 Mandate im Europaparlament gewonnen. Nach dem Sieg erklärte er: „Wir gehen nach Brüssel, um diesen Puff zu zerschlagen!“. Er fand großen Anklang bei anderen ausländischen Eurogegnern und Euroskeptikern, die zusammen etwa 30% der Mandate im Europaparlament haben. In Polen sind seine politischen Einflüsse begrenzt. Bei der Parlamentswahl hat seine Partei die 5% Hürde nicht überschritten und bekam kein Mandat. Er erhält aber die finanzielle Unterstützung, die er als optimistische Prognose für die nächste Wahl betrachtet. Zu dem rechten bürgerlichen Lager gehören auch

einige rein nationalistische Parteien. Sie sind schwach und haben zusammen weniger als 1% der Stimmen bekommen.

Die Kommunistische Partei Polens (KPP) hat keine eigene Liste aufgestellt und die Mitglieder und Sympathisanten boykottierten die Wahl oder unterstützten lokale linke Parteien. Die politische und organisatorische Situation der Partei ist kritisch, weil seit zwei Jahren das Strafverfahren unter Beschuldigung "der Propagierung des totalitären Staatsaufbaus" - das heißt des Verbrechens nach Artikel 256 Paragraph 1 des Strafgesetzbuches fortgesetzt besteht, unterstützt auch durch Art. 13 der polnischen Verfassung.

Die bürgerliche Linke ist in Polen seit 27 Jahren durch das Bündnis der Demokratischen Linken (SLD), später auch durch die Partei Deine Bewegung ("Twoj Ruch) unter Leitung von Janusz Palikot und in der letzten Zeit durch die neue sozialdemokratische Partei - "Razem" (Zusammen) vertreten. Es gibt auch Grüne, die Arbeitsunion, die Sozialdemokratie der Republik Polen, die Polnische Arbeitspartei, die keine reale Kraft und Einfluss auf die Massen haben und die regulär zu den Wahlkomitees der SLD oder zur Palikotbewegung gehören. Alle diese Parteien haben eine große Niederlage erlitten, sie haben keine 5 oder 8% überschritten und erstmals nach 27 Jahren keinen Sitz im Parlament erhalten. Der Revisionismus, Opportunismus und der Verrat der Interessen der Arbeiterklasse, die bei der Geburt und der Entwicklung des SLD und später der Linken Einfluss gewonnen haben, hat auch zu diesem bitteren Ergebnis geführt. Das Bündnis der Demokratischen Linken ist unter Leitung von Aleksander Kwaśniewski (ehemaliger Staatspräsident), Leszek Miller (ehemaliger Ministerpräsident) und Marek Borowski (ehemaliger Parlamentspräsident), die zum früheren sozialdemokratischen Flügel der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei gehörten, entstanden. Die ersten zwei waren Mitglieder des ZK und des Politbüro der PVAP. Am Ende Volkspolens erklärten sie als ideologische Grundlage der neuen Partei den "demokratischen und menschlichen Kapitalismus". Stattdessen ist nach 26 Jahren der brutale Kapitalismus in Polen entstanden. Die Mehrheit der Mitglieder und Sympathisanten der Linken sagten Schluss damit. Nicht im unserem Namen!

Es muss in Polen eine neue Linke aufgebaut werden.

Die Parlamentswahl in Polen war eine Grundlage für eine genauere Bilanz der polnischen Staatsbürger und der ganzen Bevölkerung. Seit Jahren hält der Rückgang der Einwohnerzahl in Polen an. Am Ende Volkspolens gab es circa 40 Millionen Einwohner, vor zwei Jahren 38,5, aktuell - 37,5 Millionen Einwohner. Die Ursache bleibt nach wie vor die sinkende Geburtenrate, die seit Jahren gegen Null geht. Verschlechtert wird die Situation durch die große Rate der sozial-ökonomischen Emigration. Millionen Polen plagen chronische und permanente Arbeitslosigkeit (nicht nur offizielle aber auch inoffizielle), Elend, Armut und Obdachlosigkeit. Als Winter und Frost kamen sind hunderte Menschen erfroren und die lokalen Behörden und caritativen Organisationen sind hilflos. Millionen suchen ein besseres Auskommen (Lohn und Brot) in England, Irland, in den skandinavischen Ländern und in Deutschland. Die Demographen schreiben von einer weiteren pessimistischen Prognose. Die Zahl der Bevölkerung in Polen soll weiter zurückgehen und überaltern. Es besteht hier ein großer Widerspruch zu den Großmachtträumen, die von den polnischen Nationalisten verbreitet werden - wie z.B. "Zurück zur Jagiellonen - Polen-Republik" des 15.-17. Jahrhunderts und von „Polen der drei Seen“ (Ostsee - Adria und Schwarzes Meer)".

Die Staatliche Wahlkommission hat festgestellt, dass die polnische Wählerschaft am 25. Oktober 2015 30.625.150 Staatsbürger zählte (auch mit den Bürgern, die im Ausland leben), aber zu den Wahlurnen sind 15.563.000 (50,92%) gegangen, davon waren 394 Tausend Stimmen ungültig.

49,08% der Polen sind nicht zur Wahl gegangen. Die PiS Partei bekam 5, 711 Mio. Stimmen (37,58% der abgegebenen), was der Partei 235 Mandate einbrachte. Das polnische Parlament (Sejm) zählt 460 Sitze, also hat die PiS - Partei die absolute Mehrheit (50% plus 5). Die PO (Bürgerliche Plattform) bekam 3, 661 Mio. Stimmen und 138 Mandate. Die "Kukiz '15" - Bewegung 1,339 Mio. Stimmen (8,8%) und 42 Mandate, die Moderne Partei - 1,147 Mio Stimmen (7,7%) und 28 Mandate. Polnische Bauernpartei (PSL) - 777.999 Stimmen (5,13%) und 16 Mandate. Die Deutsche Minderheit

bekam 27.530 Stimmen (0,18%) und 1 Mandat dank der Präferenzliste für die Minderheiten, insbesondere im Bezirk Opole.

Die anderen Wahlkomitees haben nicht die 5 oder 8% Hürde übersprungen und auch keine Mandate bekommen. Ihre Stimmen verstärkten gemäß der d'Hondt-Methode die Siegerparteien. Es bedeutet in der Wirklichkeit hat die PiS-Regierung die Unterstützung nur der 18% der polnischen Wählerschaft

Die Senatswahl, wo die Mehrheitsmethode herrscht, hat für die zwei großen bürgerlichen Parteien noch bessere Resultate gebracht. Die PiS hat 61 Mandate (61%) gewonnen (der Senat hat 100 Sitze). Die PO - 34 Mandate (34%), 1 Mandat bekam die Bauernpartei und 4 Mandate unabhängige Kandidaten, die aber von der Liste der PO gestartet sind. Es bedeutet die PO hat in der Wirklichkeit 38 Mandate (38%).

Die Hauptursachen der Niederlage der zentristisch-liberalen, Bürgerlichen Plattform (PO) waren:

- dass sie in den 8 Jahren ihres Regierens politisch abgewirtschaftet hatte, ihre Macht demoralisiert war,
- die zunehmende Wirtschaftskrise, begleitet von wachsender Korruption,
- zahlreiche kriminelle Affären, z.B. Ambergold, ViP-Abhören (darunter zahlreiche Minister),
- keine Initiative zur Klärung der Flugzeug - Katastrophe von Smolensk,
- große Arbeitslosenrate und der Emigration,
- die steigenden Lebenshaltungskosten, obwohl die Regierung und die ihr freundlichen Massenmedien einen amtlichen Optimismus präsentiert haben.

Ein Nagel zum Sarg für die PO war die Krise in den Verhältnissen zu Russland und Ukraine. Das europäische Embargo und die Handelsrestriktionen gegen Russland haben dem polnischen Außenhandel nach Russland schwer geschadet, insbesondere den Export von Landwirtschaftsprodukten fast auf Null begrenzt. Polnische Bauern und andere Kleinproduzenten haben Milliarden ZL und ihre alten Märkte verloren. Es wuchs über die Jahre die Unzufriedenheit gegenüber der Leitung der PSL (Bauernpartei), die

seit 10 Jahre im Parteienbündnis mit den Liberalen von PO war. Die Arbeiterklasse wurde dezimiert, die polnische Industrie, insbesondere der Maschinenbau, die Chemieindustrie, Bau- Werft- und Textilindustrie sind liquidiert worden. Die Mehrheit der Arbeiter wurden entlassen und vergrößerten die Zahl der Arbeitslosen oder haben die Anzahl der Früh-Pensionierten vergrößert. Sie leben an der Armutsgrenze. Zusammen mit den Niedriglohn - Empfängern zählen sie mehr als 50% der polnischen Bevölkerung.

Ideologisch und teilweise politisch befinden sich diese großen sozialen Gruppen unter dem Einfluss der katholischen Kirche, teilweise der reaktionären Gewerkschaft "Solidarnosc" oder der Zentrale der sozialdemokratische OPZZ-Gewerkschaften, die seit 1989 auch "einen menschlichen Kapitalismus" propagieren. Die junge Generation sucht auf eigene Faust eine Rettung im Ausland, sie wurde skeptisch gegenüber ihren Vätern von "Solidarnosc" und bleibt weit entfernt von den Wahlurnen. Viele junge Leute rebellieren auf den Straßen und in den Sportstadien, sie wurden meistens von Nationalisten, Krypto- und offenen Faschisten organisiert, wie z.B. der Partei Korwin, Kukiz teilweise durch Recht und Gerechtigkeit. Letztere hat mit raffinierten Methoden und Ausnutzung der Schwäche der Linkspartei das linke soziale Programm „gestohlen“ , angenommen und sie hat damit mindestens eine Million neue Stimmen vom linken Milieu übernommen. Die Ursache ist die gegenwärtig, konsequente neoliberale Politik, die keine Arbeit, keine Wohnung keine reale soziale Zukunft gewährleistet. Es wächst die Frustration gegenüber den Liberalen und die öffentliche Meinung urteilt, dass die PO- Partei daran schuld ist.

Die PiS -Partei, als der Hauptgewinner unterscheidet sich nach wie vor strategisch nicht viel von der Bürgerlichen Plattform.. Beide Parteien sind aus der antikommunistischen "Solidarnosc" hervorgegangen und haben am Anfang der 3. Republik seit 1989 eng zusammengearbeitet. Die Spaltung ist später gekommen mit dem gemeinsamen Machtkampf um die Vermögensprivilegien. Alle früheren ethischen Losungen und Werte sind gebrochen und vergessen. Der Kampf ging nicht nur um die Beherrschung des Staatsapparates (Macht- und Selbstverwaltungsorgane), sondern

insbesondere um die Privatisierung des gigantischen Vermögens von Volkspolen. Letzteres wurde für "symbolische Zloty" an die neuen Herren verkauft, in Wirklichkeit ist es geraubt worden.

Im Ergebnis dessen entstand in Polen eine besondere Art der neuen Besitzer - Lumpenbourgeoisie, neue Milliardäre, neue Millionäre, Oligarchen, die ihr Vermögen nicht in Zloty zählen, sondern in Dollars oder Euro. Es entstand auch eine breitere Schicht des Mittelstandes, eine neue Mittelklasse, das Kleinbürgertum, die insbesondere in der letzten Zeit, von ausländischem Großkapital begrenzt, niedergemacht und dezimiert wurden. Damit wachsen auch die Reihen des neuen Lumpenproletariats. Es entstand auch gegenüber, auf der anderen Seite die breite und wachsende Klasse des neuen Proletariats, Prekariats, der Leiharbeiter, der Arbeitslosen - nicht nur der offiziellen sondern aber auch der von doppelter Arbeitslosigkeit Betroffenen auf dem Lande. Mehr als 2,5 Million sind emigriert.

Die polnische Lumpenbourgeoisie ist schwach und ohne kapitalistische Tradition. Sie entstand aufs Neue nach 1989 aus den früheren Kleinkapitalisten Volkspolens und sie hatte einen kleinbürgerlichen Charakter. Ein zweiter Teil dieser sozialen Schicht hat einen etwas anderen Charakter. Sie gehörte früher zur wirtschaftlichen Nomenklatura, ist aus den wirtschaftlich leitenden Personen Volkspolens hervorgegangen. Doch der Hauptgewinner war in Polen das große Auslandskapital, das den größten Teil des industriellen Vermögens Volkspolens für billiges Geld übernommen hat und die Betriebe stilllegte, demontierte und liquidierte. Das war für sie eine unerwünschte Konkurrenz. Polen wurde als ein riesiger Markt für eigene Produktion betrachtet und als großes Reservoir für billige Arbeitskräfte. Im günstigsten Falle wurden manche Betriebe als Montagefirmen der großen Konzerne (z.B. Volkswagen, Bosch, Whirlpool usw.) umgestaltet. Der polnische Wirtschaftsraum wurde auf Konzerne aus Deutschland, Italien, den Vereinigten Staaten und Frankreich aufgeteilt.

Ähnlich ist es auf dem Gebiet der Finanzwirtschaft, wo 85% der polnischen Finanzen unter Kontrolle der Westbanken sind. Jedes Jahr führen Westbanken 30 - 40 Mrd. US-Dollar aus. Die PiS-Partei will das stoppen. Ist es möglich?

Als wirtschaftspolitische Nachfolge dieser "neuen Polenteilung" sind die polnischen Teilhaber nur dem Namen nach Bourgeoisie. Die führende Rolle spielen die neuen Kompradoren, also die Diener und Lakaien der fremden Großkonzerne, die wie in ehemaligen Kolonien gut finanziert und bezahlt sind und sie regieren im Name der neuen fremden Herren. Politisch ist diese Klasse mit der Bürgerlichen Plattform (PO) und ihrer früheren Partei (Freiheitspartei) aufgewachsen und verbunden. Die Partei ist ein starker Anhänger der Zusammenarbeit mit dem internationalen Kapital, insbesondere mit der Europäischen Union (frühere EWG), der Europäischen Zentralbank, dem Internationalen Währungsfonds und der Internationalen Weltbank. Die militärische Unterstützung bekam diese Klasse von der Außenpolitik der USA, der europäischen Großmächte, insbesondere Deutschlands und seit 1999 - durch die direkte Mitgliedschaft - von der NATO.

Die Politik dieses Lagers wird auch von der Linken und der Bauernpartei unterstützt, die die früheren Klasseninteressen der Arbeiter- und Bauern völlig vergessen haben.

Der zweite Flügel der polnischen Lumpenbourgeoisie, die seit Jahren mit der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) verbunden ist, stellt sich als die nationale Bourgeoisie dar. Sie ist schwächer, besteht aus der ökonomischen Unterklasse, vorwiegend Mittel- und Kleinkapitalisten, die im Rahmen der sie betreffenden Globalisierungsprozesse nicht der Konkurrenz der großen Westkonzerne standhalten kann. Sie zählt aber Millionen von kleinen und mittleren Betrieben in der lokalen Industrie, in Dienstleistung und auf dem Lande, die von den "Wirtschaftspanzern" überrollt bzw. begrenzt werden. Nach der ersten Etappe der Europäischen Euphorie bleiben sie skeptisch oder gegen die EU eingestellt, sie brauchen die Unterstützung und die Verteidigung durch den eigenen Staat. Sie betrachten jetzt die offene Grenze als einen Nachteil für ihre eigenen Interessen, sie fordern besseren Handelsaustausch mit Russland usw. Diese Hoffnung und dieses Verhalten werden mehrheitlich von der Katholischen Kirche unterstützt. Alle diese widersprüchlichen Interessen waren auch Hauptursachen für den Sieg der PiS und für die Niederlage der PO bei den letzten Parlamentswahlen.

Die PiS Partei hat im Wahlkampf für viele differenzierte sozial-ökonomischen Gruppen Versprechungen abgegeben - 500 Zloty für jedes Kind, die Steigerung der Sozialunterstützung, ein besseres Leben für die armen Familien, die billigen Wohnungen, Abbau der Arbeitslosigkeit, Herabsetzung des Pensionsalters für Männer von 67 auf 65 und für die Frauen von 67 auf 60 Jahre und vieles andere. Die Realisierung der Versprechungen würde bis hundert Milliarden Zloty kosten, aber die Staatskasse ist leer.

Um diese Versprechungen einzulösen, müsste das Defizit im Staatsbudget erhöht werden, darf aber nicht mehr als bis 3% des BIP betragen. Man könnte neue Steuern einführen, z.B. für Großbanken, große Supermärkte, aber die Experten sagen, das bringt nicht mehr als 10 Milliarden Zloty ein und was soll mit den anderen Versprechungen werden ? Das Großkapital, das sich in fremden Händen befindet, ist dagegen. Es hat bereits eine Flucht der großen Firmen aus Polen begonnen. Die Massenmedien, auch die, die in der Mehrheit im Besitz des fremden Kapital sind, sind auch dagegen und sie machen jeden Tag eine „Gehirnwäsche“ der Bevölkerung. Die Parteien der Opposition organisieren und tangieren jede zweite Woche den Widerstand auf den Straßen. Bereits einige Wochen nach der Parlamentswahl haben sie mehrere Tausend Menschen in Warschau und in 18 anderen großen Städten Polens auf die Straßen zum politischen Protest gegen die "Feinde der Demokratie", gegen eine "neue Diktatur" gebracht. Die PiS Partei hat mit großen Gegendemonstrationen geantwortet. In Polen wächst die politische Spannung, die auch von ausländischen Akteuren beeinflusst wird. Für Kaczyński bleibt J.Pilsudski, der im Mai 1926 den Putsch gemacht und ein authoritaer-militaerisches Regime in Vorkriegspolen eingeführt hatte, der nationale Held.

Die PiS Partei will den Spuren von Viktor Orban in Ungarn folgen, dessen Regime als autoritär, krypto-faschistisch oder sogar faschistisch betrachtet wird.

Meiner Meinung nach ist das zu weit gegangen (siehe die echten Faschisten aus "Jobbik"). Man muss differenzieren - in der Ökonomie bleibt Orban ein Superliberaler und in der Frage des politischen Systems hat er eine konstitutionelle Mehrheit gewonnen.

Die PiS hat aber eine schlechtere politische Situation. Sie hat im Sejm die absolute Mehrheit (50% plus 5), aber es ist zu wenig für eine Veränderung der Verfassung (mindestens 2/3, - 67 % oder in Polen 307 Sitze in Sejm und 67 im Senat. Jaroslaw Kaczynski und die PiS rechnen mit der weiteren Demoralisierung ihrer Hauptoppositionspartei, der PO. Sie erwarten nicht nur ihre Schwächung, sondern auch ihre Zersplitterung und das Ausscheiden ihres katholisch-konservativen Flügels dieser Partei. Der Gründer der Partei PO bleibt als Vorsitzender des Europäischen Rates in Brüssel, seine Nachfolgerin, die ehemalige Ministerpräsidentin Ewa Kopacz erfüllt formal die Funktion der Parteivorsitzenden, aber ihre Tage sind gezählt. Die Partei ist in einige Fraktionen zersplittert. Die letzten Nachrichten beweisen, dass die größte Chance Vorsitzender zu werden der ehemalige Außenminister Grzegorz Schetyna hat, der früher von Donald Tusk diskriminiert wurde. Die Partei ist seit mehr als drei Monaten in einer Führungskrise und sie verliert jeden Monat die Unterstützung ihrer Wähler.

An die erste Stelle als Oppositionspartei tritt die Partei „Die Moderne“ (neue Liberale). Damit entsteht eine günstige politische Situation für die PiS Partei.

Die PiS zählt auch auf die Stimmen der "Kukiz 15"-Bewegung (3. Kraft im Sejm), mit 42 Sitzen insbesondere auf die Nationalisten (10 Sitze), Krypto- Faschisten und Gegner der gegenwärtigen Verfassung. Es ist eine antikonstitutionell geprägte nationalistisch, antikommunistisch orientierte Bewegung, die gern eine Zusammenarbeit mit PiS aufnimmt. Es ist ein Anfang zu einer "weiss-rot" (polnische Flaggenfarbe) inoffiziellen Koalition, die von J. Kaczyński nach dem Wahlsieg als eine Grundlage der neuen Verfassungsmehrheit erklärt wurde.

Die PiS erodiert auch die Polnische Bauernpartei (PSL), die als Restpartei (nur 16 Sitze im Sejm) konsequent von der PiS umworben wird. Die PSL hat im Vergleich mit früheren Positionen als Bauernpartei viel verloren. Sie trat mit der Schwierigkeit an, die 5% Hürde zu überwinden und sie befindet sich in einer großen ideologischen und Identitäts- Krise. Die Absicht der früheren Leitung der Partei vom Land-Milieu auszugehen und eine

"christliche allpolnische Partei" zu werden, ist gescheitert. Die Mehrheit der Wähler auf dem Land hat die PiS-Partei gewählt. Der neue Vorsitzende der PSL Dr. Władysław Kosiniak-Kamysz (ehemaliger Arbeits- und Sozialminister) stammt aus einer alten Krakauer Intelligenzfamilie. Seine Berührung mit dem alltäglichen Landleben seine Kenntnis vom Bauernmilieu ist schwach. Die Wähler auf dem Lande suchen andere, aktivere Akteure und am meisten sind sie unter dem Einfluss der katholischen Kirche oder bleiben passiv. Die Mehrheit der Dorfwähler hat die PiS-Partei gewählt.

Die PiS Partei verstärkt ihre politischen Positionen in dem sie versucht in den lokalen Behörden, insbesondere in den Regionen (Wojewodschaften), wo nach wie vor die Koalitionsregierungen von PO-PSL und teilweise der Linken verbliebenen sind, diese zu zerschlagen. Es ist möglich, dass PiS versuchen könnte, unter dem Vorwand, die lokalen Wahlen von vor zwei Jahren für ungültig zu erklären und mit der angeblichen Notwendigkeit der Verkürzung der Vier-Jahresperiode, Neuwahlen anzusetzen. Die nächste politische Offensive ist gegen den Verfassungsgerichtshof gerichtet. Darin war die Mehrheit der Richter (9) von der PO-PSL Koalition im früheren Parlament ausgewählt und nur 3 von der PiS Partei. Am Ende der PO-PSL Regierung hat die Parlamentsmehrheit noch 5 neue Richter ihrer Koalition gewählt, was ein freches Zeichen der Arroganz der PO-Partei war und was die PiS Partei jetzt benutzt, um die Opposition zu kompromittieren. Die PiS hat diese Wahl nicht anerkannt und sie hat neue eigene 5 Richter gewählt.

Im Resultat entstand eine Pat-Situation und der Verfassungsgerichtshof ist paralysiert und blockiert. Es entstand in Polen eine konstitutionelle Krise. Die PiS - Partei will einen gehorsamen, politisch untergeordneten Verfassungsgerichtshof bekommen, damit sie radikale, system-politische Gesetze einführen kann, auch ohne konstitutionellen Mehrheit. Die PiS muss sich beeilen. Sie will auch eigene Position gegenüber dem Generalstaatsanwalt, der gemäß ihrem Gesetzesentwurf dem Justizminister untergeordnet werden soll, verstärken.

Gegenwärtig ist dieses Organ selbstständig und der Staatsanwalt wird durch eine Mehrheit der Abgeordneten des Sejms gewählt und wird vom Staatspräsidenten ernannt. Die offizielle Begründung des

Wechsels ist die angeblich größere Effektivität in der Bewältigung der wachsenden Korruption. Aber die Opposition hat Angst vor einer Stärkung der Macht der Regierung. Sie will auch die Selbstverwaltung der Richter begrenzen und die Armee - Staatsanwaltschaft liquidieren. Der neue Justizminister verspricht mit den neuen gesetzlichen Maßnahmen eine schnelle Eindämmung der Kriminalität, insbesondere der Korruption, was ihm die Unterstützung bei den Massen vergrößert. Die PiS hat auch schnell das neue Gesetz über die öffentlichen Medien beschlossen. Es geht um den Wechsel der früheren Journalisten und Leiter von TV und Rundfunk, die mit der alten PO Partei verbunden waren. "Die öffentlichen Medien" so erklärte die Abgeordnete K. Pawlowicz - „müssen der Regierung dienen".

Im Resultat dieser "Reformen" wächst in Polen der Kampf zwischen beiden Flügeln der Bourgeoisie, der auch vom Ausland verstärkt wird. Die Liberalen finden die Unterstützung in den Gremien der EU, z.B. des Vorsitzenden des europäischen Parlaments M. Schulz, der Europäischen Kommission, auch des Europarates. Die Neo-Liberalen kämpfen nicht nur im Parlament, auch auf den Straßen unter Losungen wie - Kampf für die Demokratie und gegen die Diktatur. Die Gegenseite antwortet, wir sind auch Demokraten, wir verteidigen die parlamentarische Demokratie, wir sind legitimiert durch das Volk und die parlamentarischen Wahlergebnisse. Unsere Gegner sind Anarchisten und sie wollen die demokratischen Entscheidungen nicht anerkennen.

Die PiS Partei bekam breite Unterstützung von der Katholischen Kirche und ihrer Hierarchie, insbesondere vom "Medien Bischoff" aus Torun dem Vater Tadeusz Rydzyk.

Für die Kommunisten und insgesamt für die Linke entstand eine schwierige Situation. Seit zwei Jahren gibt es das Verfahren von Staatsanwaltschaft und Polizei gegen die Kommunistische Partei Polens als "eine Partei, die das Merkmal des Verbrechens der Propagierung des totalitären Staatsaufbaus", erfüllt. Jetzt, wenn die PiS die ganze Staatsmacht übernommen hat, kann man eine Beschleunigung des Strafverfahrens erwarten. Die polnischen Kommunisten müssen bereit sein, dass die Partei außer Recht gestellt

wird und zur illegalen Aktivität übergehen muss. Das ist eine reale Bedrohung und es muss dagegen einen politischen Widerhall im progressiven Milieu in Polen und im Ausland geben.

Die alte Sozialdemokratie (SLD-die Linke) befindet sich auch in einer schwierige Situation. Leszek Miller - formal und offiziell weiter Vorsitzender trat zurück, erst nach 3 Monaten hat die Partei einen neuen Vorsitzenden gewählt, es ist Włodzimierz Czarzasty, der auch wie sein Vorgaenger zur "alten Garde" gehoert. Der Konkurrent Janusz Palikot von der zweiten Linken - „Deine Bewegung“ ist zum Business zurückgekehrt. Seit einigen Monaten hat sich eine neue linke sozialdemokratische Strömung unter Leitung von jüngeren Führungskräften, z.B. Barbara Nowacka, formiert. Es entstand auch eine andere linke Sozialdemokratie - die Partei -"Razem" (Zusammen), unter Leitung von Adrian Zandberg. Die letztere bekam bei der Parlamentswahl 4% der Stimmen, was auch Anspruch auf eine finanzielle staatliche Unterstützung bedeutet. Das ist eine gute Prognose für die nächste Wahl. Es bedarf aber ständiger organisatorischer Arbeit, eines guten Programms und die Empathie für die Interessen der Arbeiterklasse, aller Werktätigen. Bis jetzt benutzen die neuen Führungskräfte keine oder nur wenige marxistische Begriffe, Werte und Vokabeln. Das ist ihre schwache Seite. Sie sind mehr Repräsentanten der Mittelklasse.

Die politische Situation in Polen bleibt instabil, doch die PiS Partei und die rechten Kräfte verstärken ihre Positionen. Man kann erwarten, dass die nächsten 4 Jahre unter großem Druck von diesen Kräften - Nationalsten, Krypto-Faschisten und der Katholischen Kirche stehen werden. Das bedeutet in der Wirtschaft die Ausprägung der liberalen Mechanismen und für die "nationalen" Klein- und Mittelbetriebe eine spektakuläre Regierungshilfe.

Es ist schwierig zu sagen, wie lange, weil die EU diese Hilfe begrenzt. Man kann ein Zusammenwirken mit dem ausländischen Großkapital erwarten. Das beweist die Besetzung des Ressorts für Finanzen und des Wirtschaftsressorts in der neuen Regierung. Insbesondere des Ministeriums für Entwicklung (der Wirtschaft) – Minister M. Morawiecki, gleichzeitig Stellvertreter des Ministerpräsidenten, ehemaliger Präsident der großen polnischen Bank, die zur spanischen Finanzgruppe Santander gehört. Zweites Beispiel,

der neue Finanzminister P. Szalamacha, ehemaliger Aktivist der Superliberalen und der faschisierenden „Union der Realen Politik“ von Janusz Korwin Mikke. Beide sind starke Brücken zu den Interessen des ausländischen Großkapitals. Das bedeutet, dass die Hauptrichtung der Wirtschaftspolitik sich fortsetzen wird, es ist die "Verteidigung des heiligen Privateigentums".

Die neue Regierung verspricht im sozialen Bereich eine Politik der Sorge und des Kümmerns um die Probleme der armen Leute, der kinderreichen Familien, die Entwicklung eines billigen sozialen Wohnungsbaus für die jungen Familien, Verkürzung des Pensionsalters. Subventionen für Medikamente und viele andere soziale Erleichterungen. Das braucht nicht Zehn sondern hunderte Milliarden Zloty, was fast das doppelte soziale Staatsbudget bedeutet. Die Staatskasse ist leer, man kann erwarten, dass nach der alten römischen Losung verfahren wird: Panem et Circenes! Für Kaczyński und seine PiS Partei bedeutet es mehr Circenes statt sozialer Maßnahmen.

Es wird nicht nur zu einer Delegalisierung der KPP kommen sondern auch zu einer Behinderung der Tätigkeit der anderen linken Kräfte, zur Einschränkung der liberalen Bürgerfreiheiten, der Bürgerrechte, zu neuen Strafshowprozessen, zu steigender reaktionärer Diktatur. Es ist eine reale Bedrohung und sie wächst nicht nur in Polen. In der Ukraine wurde die KP bereits außerhalb des Gesetzes gestellt, in Deutschland erheben die Faschisten den Kopf, in Frankreich - die Front Nationale, in Österreich usw.

In der Ukraine haben die Faschisten, Bandera-Leute, Krypto-Faschisten vor zwei Jahren gesiegt und sie haben das Land in das Feuer des Bürgerkrieges gebracht. Die KPU ist gesetzlich verboten und die Anführer von Kommunisten wie Anatolij Majewskij sind im Kerker eingeschlossen.

Die faschisierenden Kräfte werden offiziell von "demokratischen" europäischen und US-Kräften unterstützt, davon auch von allen polnischen Bürgerparteien. Beide führende bürgerliche Kräfte fordern neue Rüstungen und betrachten Russland als Feind Nr 1, was Resultat ihres antikommunistischen, antisowjetischen und antirussischen Engagement ist sowie historischer Ballast.

Diese faschistische Welle in Europa ist nicht zufällig. Sie ist verbunden mit einem Abbau der liberalen Demokratie und der Schwäche bzw. Unfähigkeit der Bourgeoisie insbesondere ihrer Kreise der Hochfinanz, die mit allen Mitteln ihre Macht behalten wollen, gegen die sich zuspitzende wirtschaftliche Krise und den wachsenden Widerstand der Arbeiterklasse und anderen Werktätigen. Es wächst der Klassenkampf.

Die gegenwärtige Epoche ist gekennzeichnet durch die Globalisierung aber auch durch die Wissenschaft. In ihr vollzieht sich eine wachsende Rolle neuer Schichten des Proletariats, das Prekariat, die hochqualifizierten Leiharbeiter, die Leistungarbeiter, die Jugendgeneration.

Die Kommunistischen Parteien sollten diese sozialen Klassen und Schichten mit ihren Programmen vertraut machen und sie zum Kampf gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus organisieren. Das ist auch die wichtigste Aufgabe der Kommunistischen Partei Polens.

Der Klassenkampf geht weiter!

Quellen und Literaturverzeichnis:

Wybory do Parlamentu Europejskiego w Polsce w 2014 r. Oficjalne dane Państwowej Komisji Wyborczej. Podane za Wikipedia, wolna encyklopedia. Pobrane z Internetu 15.I.2016;

Wybory samorządowe w Polsce w 20114 r.. Oficjalne dane Państwowej Komisji Wyborczej. Podane za Wikipedia, wolna encyklopedia. Pobrane z Internetu 15.I.2016;

Wybory prezydenckie w Polsce w 2015 r. Oficjalne dane Państwowej Komisji Wyborczej. Podane za Wikipedia, wolna encyklopedia. Pobrane z Internetu 15.I.2016;

Referendum w Polsce w 2015 r. Oficjalne dane Państwowej Komisji Wyborczej. Podane za Wikipedia, wolna encyklopedia. Pobrane z Internetu 15.I.2016;

Wybory parlamentarne w Polsce w 2015 r. Oficjalne dane Państwowej Komisji Wyborczej. Podane za Wikipedia, wolna encyklopedia. Pobrane z Internetu 15.I.2016;

Betreibt Jarosław Kaczyński die faschistoide Gleichschaltung Polens? "Machtergreifung" in Warschau? "Rot Fuchs", Berlin, Februar 2016, Nr 217, S. 20;

Dańska-Borsiak Barbara, Wykluczenie społeczne a ubóstwo. Możliwości wykorzystania danych panelowych. "Polityka Społeczna", Warszawa 2015, Nr 6-6, S.6-11;

Grabia Tomasz, Makroekonomiczne uwarunkowania poziomu życia społeczeństwa w PRL i III RP. Analiza porównawcza. "Polityka Społeczna", Warszawa 2015, Nr 2, s.9-16;

Kończak Bożena, Ile jedzą biedni a ile bogaci w Polsce? Różnice w dochodach i w spożyciu podstawowych artykułów żywnościowych. "Polityka Społeczna", Warszawa 2015, Nr 3, S.1-5;

Orczyk Józef, Polityka społeczna w epoce przemian- Nowe wyzwania. "Polityka Społeczna", Warszawa 2015, Nr 9, S.1-4;

Szyber Władysław Bogdan, Młodzież na rynku pracy w UE. "Polityka Społeczna", Warszawa 2015, Nr 8, S.30-37;

Wiktor Zbigniew, Wybory parlamentarne w Polsce -25.X.2015 r. "Brzask", grudzień 2015, Nr 12/268, S.3-5.